

# Wie „Fridays for Future“ Hildesheim umkrempeeln will

Ein Jahr nach der ersten Demonstration übergeben die Klimaaktivisten Forderungen an die Politik. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind radikal.

Von Jo-Hannes Rische

**Hildesheim.** Die Hildesheimer Gruppe der „Fridays for Future“-Bewegung hat am Freitagmittag auf dem Marktplatz konkrete Forderungen für mehr Klimaschutz an die Politiker gestellt. Das zehneitige Dokument, das alle Stadtpolitiker und interessierte Bürger einsehen können, zeichnet das Bild eines klimaneutralen Hildesheims im Jahr 2030.

Ziel der Aktivisten: Ein allgegenwärtiges Grün aus Blumen, Gras und Bäumen dominiert das Stadtbild, gefahren wird primär mit dem Fahrrad oder mit dem (kostenfreien) Bus. Autos wären mindestens in der Innenstadt verboten, Parkplätze verwandeln sich in Grünflächen. Die Stadt fördert klimafreundliche Projekte und Bauten – möglichst viele Dächer und Wände sollen begrünt werden –, Neubauten sind emissionsarm und ökologisch.

Ob damit Klimaneutralität erreicht werden kann? „Selbst, wenn alles umgesetzt wird, ist es nicht einfach“, gibt Sprecherin Vera Wagner zu, die zugleich die sehr hoch gesteckten Ziele und teils harten Maßnahmen erklärt: „Natürlich ist das alles sehr ambitioniert, aber mit Absicht.“ Denn einen einzigen Weg gäbe es nicht. „Es sind Anregungen für die Politiker, zu handeln.“ So sollten nach dem Willen der Umweltschützer natürlich so viele Vorschläge wie möglich in die Realität umgesetzt werden. Die endgültigen Entscheidungen seien letztlich aber Verhandlungssache. „Es können auch noch weitere Maßnahmen mit eingebracht werden vonseiten der Politik“, sagt Wagner.

■ Eines der langfristigen Ziele der Bewegung ist es, **alle Autos aus der Innenstadt zu verbannen.** Ausgenommen von diesem Verbot sind der Lieferverkehr, Fahrzeuge des ÖPNV, der Polizei und Feuerwehr und des Rettungsdienstes. Nach und nach sollen diese allerdings ihren Verbrennungsmotor gegen eine umweltfreundlichere Antriebstechnik eintauschen. Auch Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr so gut zu Fuß sind, sollen mit dem Auto bis in die Innenstadt fah-



„Passen Sie gut darauf auf“ – Oberbürgermeister Ingo Meyer bekommt einen symbolischen Globus überreicht.

FOTOS: WERNER KAISER

ren dürfen. „Die erste Frage ist die nach der genauen Abgrenzung der Innenstadt“, sagt Wagner. Da sei sich die Gruppe noch nicht ganz einig. Sicher ist jedoch: **Durch die Schuhstraße sollen bis spätestens 2030 keine Autos mehr fahren dürfen.** Auch die Kaiserstraße stehe zur Debatte, jedoch lasse sich der Durchgangsverkehr bislang noch nicht umlegen. „Langfristig wäre auch das eine Option“, sagt Wagner.

■ Ohne Autos sollen auch Parkplätze und Parkhäuser langfristig umgebaut werden. Große Parkplätze werden dann etwa zu Grünanlagen, Stellplätze werden zu überdachten Fahrradstellplätzen umgewandelt. **Auch die Kosten für das Parken in Parkhäusern sollen erhöht werden** und den Preis einer Hin- und Rückfahrt mit dem Bus übersteigen.

■ Zudem sollen **alle Nebenstraßen außerhalb der Innenstadt eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 Stundenkilometern** bekommen.

■ Mit mehreren Maßnahmen sollen die Fahrräder das vorherrschende Transportmittel in Hildesheim werden. Zunächst einmal fordern die Klimaschützer, **dass in jeder Straße ein „sicheres, komfortables Radfahren“ möglich ist.** Ist ein Rad- und Fußweg schmaler als zwei Meter, soll auf der Straße ein Radweg geschaffen werden. Wenn nötig, wer-

den Straßen in diesem Zusammenhang zu Einbahn- oder Fahrradstraßen umfunktioniert.

Um das Radfahren zu priorisieren, sollen Verstöße gegen den Rad- und Fußverkehr öfter kontrolliert und schärfer geahndet werden. **Etwa beim Zuparken von Radwegen fordern die Aktivisten eine „drastische Erhöhung der Bußgelder.“**

Des Weiteren sollen die Ampelschaltungen an Radfahrer angepasst, mehr Fahrradstellplätze geschaffen und die Mitnahme der Räder in Bussen kostenfrei gestaltet werden.

■ Die Umweltschützer fordern die „kurzfristige Einführung“ eines Jahrestickets für 365 Euro, welches auch monatlich bezahlbar wäre. Auch Einzeltickets sollen zunächst drastisch günstiger gemacht werden, **bevor schließlich der gesamte Nahverkehr für alle Bürger ohne weitere Kosten nutzbar ist.**

■ Die Demonstranten planen, versiegelte Flächen wieder zu Grünflächen und Parks umzuwandeln. **Sowohl Dächer als auch Häuserwände sollen nach Möglichkeit begrünt werden.** Hinzu kommen Insektenhotels, Pflanzenkübel und weitere Grünflächen auf öffentlichen Plätzen und Bushaltestellen sowie das Pflanzen neuer Bäume an vielen Orten in der Stadt.

■ Das Forderungspapier umfasst ein **ganzjähriges Verbot von privaten Feuerwerken** in ganz Hildesheim.

■ Zudem fordern die Demonstranten, dass sich die Stadtpolitik dem Thema Klimaschutz verschreibt und sich aktiv dafür einsetzt. Neben dem Verfassen eines Klimaschutzkonzeptes soll der bereits im Stadtrat abgelehnte Klimacheck in einer anderen Form kommen.

Dass einige Fragen noch offen sind, gibt Wagner unumwunden zu. Schließlich sei der Maßnahmenkatalog nur ein Konzept, das den Stein ins Rollen bringt und eine Verhandlungsbasis bieten soll. „Das Thema der Finanzierung war Teil des Forderungspapiers, ist aber nicht in der endgültigen Fassung enthalten“, sagt Wagner. „Wir wissen nicht genau, wie viel Geld die Stadt tatsächlich zur Verfügung hat. Wir sind aber optimistisch, dass da deutlich mehr für den Klimaschutz drin ist als bisher.“

Die Bewegung wolle sich in Kürze mit Politikern zusammensetzen und sehen, „welche Punkte man schon früher umsetzen kann, und welche noch warten müssen“, sagt Wagner. „Wichtig ist, dass die Politik mit dem neuen Klimaschutzkonzept die gleichen Ziele verfolgt wie wir und wir produktiv zusammenarbeiten können.“

## KOMMENTAR



Von Jo-Hannes Rische

## Hier ändert sich was

Was die Klima-Aktivisten fordern, übersteigt alle Möglichkeiten. So viel muss auch den Demonstranten klar sein. In der klammen Hildesheimer Kasse sind keine sieben- oder achtstelligen Summen für Klimaschutz hinterlegt. Doch wer in die mindestens beeindruckten Gesichter der Politiker sah, die inmitten der johlenden Schar aus Jugendlichen ihre Forderungen überreicht bekamen, der erahnt: Hier ändert sich was. Plötzlich steht vor den Politikern keine unorganisierte Schülergruppe mehr, sondern leidenschaftliche Aktivisten, die wissen, was sie wollen. Zu dieser Wandlung haben auch die Politiker beigetragen. Über Monate zogen die Demonstranten bei Wind und Wetter durch die Straßen – ohne eine wirkliche Reaktion in den politischen Gremien zu bekommen. Dabei vermitteln die Fridays eine klare Vision. Eine Vision von einer sauberen, lebenswerten Stadt, die grundsätzlich wohl keiner ablehnt. Eine solche Vision vermittelt die Politik nicht, zumindest nicht in dieser Vehemenz. Allein: Der Weg in diese Zukunft ist unklar, weil die Klimaschützer Fragen der Machbarkeit und die Finanzierung außen vor lassen. Kaiserstraße sperren, Hafen stilllegen, Wegfall von Parkplätzen und Parkhäusern – einige Vorschläge würden sich selbst mit den nötigen finanziellen Mitteln nicht umsetzen lassen, zu weit weg sind sie von der Lebenswirklichkeit. Es bringt aber nichts, den Jugendlichen das fehlende Wissen über die Tücken der Umsetzung vorzuwerfen. Schließlich suchen sie genau dafür das Gespräch, sind für die Zusammenarbeit bereit. Jetzt müssen die Politiker liefern und die Ideen ernsthaft diskutieren. Das sind sie den Klimaaktivisten schuldig.

## Ein Jahr später: Politiker müssen reagieren

Von Jo-Hannes Rische

**Hildesheim.** Knapp 300 Teilnehmer sind am Freitagmittag zu der ersten „Fridays for Future“-Demonstration in Hildesheim im Jahr 2020 gekommen – etwa genauso viele wie vor genau einem Jahr, als sich die Klimaschützer das erste Mal vor dem Rathaus für eine bessere Umweltpolitik einsetzten. Nach monatlichen Protesten scheint aus der Demonstration eine Konversation zu werden.

Im Vorfeld hatten die Aktivisten angekündigt, der Lokal- und Kommunalpolitik konkrete Forderungen stellen zu wollen. Lange hatten Kritiker angemerkt, der allgemeine Wille nach mehr Klimaschutz wäre auf Hildesheimer Ebene ohne wirkliche Ideen nur schwer anzugehen. Nun überreicht Sprecherin Vera Wagner einigen Politikern inmitten der applaudierenden Schar aus Demonstranten das zehneitige Forderungspapier. Oberbürgermeister Ingo Meyer bekommt zusätzlich noch symbolisch einen Globus überreicht – er solle „gut darauf aufpassen.“



Unterwegs mit Aktivisten jeder Altersgruppe.

Meyer selbst begrüßt das Engagement der jungen Leute, bittet aber um Zeit, die vorgeschlagenen Maßnahmen zu bewerten und gegebenenfalls angehen zu können. „Die Vorschläge bedeuten ein starkes Umdenken in der Bevölkerung“, sagt Meyer. Im Februar wird es das erste Treffen zwischen Vertretern der Hildesheimer „Fridays for Future“-Gruppe und dem Oberbürgermeister geben. „Ich verstehe es auch nicht so, dass 100 Prozent der Ideen umgesetzt werden müssen“, sagt Meyer. „Wir müssen jetzt über De-

tails sprechen und in die Diskussion einsteigen. Das ist der erste und wichtigste Schritt.“

Dieser getane Schritt spiegelt sich auch in den Gesichtern der Demonstranten wider. Der Unterschied zu der Gruppe von vor einem Jahr wird schnell deutlich: Stand damals eine wilde Gruppe aus Schülern der Mittelstufe auf dem Marktplatz, sind es nun politisch ambitionierte Menschen jedes Alters.

Denn neben „Fridays for Future“ suchen auch die „Parents for Future“-Gruppe und die kürzlich gegründete „Students for Future“-Gruppe nach aktiven Mitgliedern. Die Lust auf Widerstand ist einem herausfordernden politischen Bewusstsein gewichen, mit dem die Klimaschützer aktiver und direkter die Politiker konfrontieren wollen.

Die Vertreter der Fraktionen in Stadtrat und Kreistag können den Forderungen etwas abgewinnen. Ulrich Rübiger, Fraktionsvorsitzender der Grünen im Stadtrat, ist von der Kontinuität der Gruppe beeindruckt: „Das ist mutig, eine richtig

hohe Latte“, sagt Rübiger, der schon einen Gesprächstermin mit den Aktivisten ausgemacht hat.

Der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion, Klaus Bruer, sieht die Politik auf Kreisebene auf einem guten Weg, stellt sich dennoch hinter die Forderungen: „Da sind Grundsätze bei, die wir versuchen, umzusetzen.“ Orhan Kara, Fraktionsvorsitzender der Linken im Stadtrat, möchte noch kein Urteil zu den Forderungen abgeben, sieht den Gedanken einer autofreien Innenstadt aber positiv: „Da wäre ich zu 100 Prozent dabei.“ Ihn enttäuscht, dass sich nur Vertreter der Fraktionen der Linken, der SPD und der Grünen den Klimaaktivisten stellten. „Das ist ein sehr wichtiges Thema, da müssen sich alle zu positionieren“, sagt Kara.

Die Organisatoren der Demonstration sind zufrieden. „Jetzt sind die Forderungen schriftlich, jetzt können die Gespräche beginnen“, sagt Wagner. Trotz des Fortschritts sollen die Demonstrationen weitergehen. Die nächste ist für den 14. Februar angekündigt.